

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

24.1.1925 (No. 20)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14
Telefon:
Nr. 958
und 954
Postkonto:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. U. v. d. L.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhaltung, zwangsweiser Verteilung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Absperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. Anverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Die Abstimmung im Reichstag und im preussischen Landtag

Der Billigungsantrag für das Kabinett Luther ist am Donnerstag im Reichsparlament mit einer ausreichenden Mehrheit angenommen worden. Allerdings war es nur ein Billigungsantrag, kein regelrechtes Vertrauensvotum, wie es eigentlich die Verfassung vorsieht. Für ein solches ist das Zentrum nicht zu haben gewesen. Und der Sinn des Billigungsantrages ist der, daß die Parteien, die das Kabinett gebildet haben, wohl die programmatischen Erklärungen des Reichskanzlers Dr. Luther billigen, seinem Kabinett aber das Vertrauen in aller Form nicht aussprechen möchten. Das stellt dem Kabinett kein günstiges Prognostikon für die Zukunft. Andererseits ermöglicht der Billigungsantrag, dem bei Stimmhaltung des größten Teils der Demokraten doch immerhin eine statliche Mehrheit zustimme, der Reichsregierung die Aufnahme einer geordneten Regierungstätigkeit. Und das ist um der Interessen der Gesamtheit willen zu begründen.

Wenn in der Frankfurter Zeitung (siehe gestriges Abendblatt) die Auffassung, die Parteien des Reichstags seien zunächst einmal verpflichtet, dafür zu sorgen, daß das Land überhaupt eine Regierung erhalte und einigermaßen erträglich regiert werde, als nicht richtig abgelehnt und ihr gegenüber erklärt wird, daß Politik grundsätzlich gemacht werden müsse, so glauben wir, daß das ein Doktrinarismus ist, der den Zweck der Staatsform verkennt. Die Hauptfrage ist und bleibt immer die, daß ein Land eine Regierung hat. Denn der Zustand des Chaos oder einer Dauerkrise ist, von jedem Staatsbesitzenden Standpunkt aus gesehen, das Allergeschwerste. Man vergißt immer, daß das parlamentarische System ja jederzeit Gelegenheit bietet, eine Regierung zu stützen, wenn sie nicht den Erfordernissen der Situation genügt oder stimmungsgemäß die Mehrheit des Parlamentes gegen sich hat.

So ist gestern die preussische Regierung gestürzt worden. Aber alle Grundzüge, aller Doktrinarismus werden sicherlich nicht genügen, um eine Wiederaufrichtung des Kabinetts Braun herbeizuführen. Dagegen liegt es vollkommen im Bereich der Möglichkeit, daß der Zwang zur Arbeit, die Notwendigkeit, dem Lande wieder eine Regierung zu geben, eine Wiederkehr dieses Kabinetts zur Tatsache werden lassen. Denn schon jetzt ist das eine ganz klar, daß die Parteien, die gestern das preussische Kabinett stürzten, von sich aus nicht in der Lage sind, eine Regierung zu bilden.

Das preussische Kabinett ist gestern gestürzt worden durch kommunisistische Mißtrauensanträge, denen sich die bürgerlichen Oppositionsparteien anschlossen. Kein verfassungsrechtlich hätte das Kabinett es nicht nötig gehabt, zurückzutreten, da die 225 Stimmen, die die Opposition aufbringen mußte, nicht ganz erreicht wurden. Aber immerhin zeigte die Abstimmung doch mit genügender Klarheit, daß eine Mehrheit gegen die Regierung vorhanden ist, daß also Gesekentwürfe und Maßnahmen der Regierung jeden Tag Gefahr laufen, von dieser Mehrheit zurückgewiesen zu werden. Unter solchen Umständen ist es für eine jede Regierung schwer, sich in ihrer Position zu behaupten. Zumal auch gefühlsmäßig ihre Autorität bei einer derartigen Situation immer nur auf sehr schwachen Füßen stehen wird. Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtags war es, die verlangte, daß das Kabinett aus dieser Sachlage die Konsequenzen zu ziehen und zurückzutreten habe. Und das ist gestern geschehen.

Aber was nun? Die Parteien der Opposition können ein neues Kabinett nicht bilden. Denn, wenn auch die Kommunisten den Rechtsparteien gut genug dazu waren, um zum Sturz des Kabinetts als Sturmblock verwendet zu werden, so werden sich die Rechtsparteien doch natürlich hüten, bei der regelrechten Bildung eines Kabinetts mit der Unterstützung der Kommunisten zu rechnen. Also könnte überhaupt nur dann ein Rechtskabinett gebildet werden, wenn das Zentrum sich in aller Form daran beteiligt. Bloß eine wohlwollende Neutralität des Zentrums würde nicht ausreichen, da dann jederzeit eine Rechtsregierung durch die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten allein gestürzt werden könnte. Das Zentrum mußte mit dem Groß seiner Stimmen offen für die Rechtsregierung eintreten.

Ob die preussische Zentrumsfraktion sich dazu entschließen wird, ist zweifelhaft. Bekanntermaßen steht sie um einen Schritt weiter links, als die Zentrumsfraktion des

Reichstags. Und nach allem, was heute gemeldet wird, ist kaum anzunehmen, daß hier ein Wandel eintreten wird. Die Taktik der Zentrumsfraktion wäre dann also wahrscheinlich die, der Opposition und dem ganzen Lande zu beweisen, daß es keinen anderen Ausweg gibt, als die Wiederherstellung des alten Kabinetts, vielleicht mit Modifikationen, die es den drei Zentrumsabgeordneten, die den rechten Flügel der Fraktion bilden, und einigen Deutschvolksparteilern gestatten, sich bei entscheidenden Abstimmungen der Stimme zu enthalten und so das Zustandekommen einer Mehrheit für das Kabinett zu ermöglichen. Man darf gespannt sein, was nun aus den Verhandlungen über die Bildung des neuen preussischen Kabinetts herauskommen wird.

Bezeichnend für die Situation in Preußen ist das Verhalten der Kommunisten. Sie gaben nach dem Grundgesetz „Nach uns die Sintflut!“ ihrem Haß gegen die sozialdemokratischen Minister dermaßen nach, daß sie ein Kabinett stürzen halfen, welches doch auch die Interessen der Arbeiterschaft mitvertrat, und den Rechtsparteien, also ihren Todfeinden, damit getreulich und dienftwillig die Steigbügel hielten. Ferner das Verhalten der Deutschen Volkspartei. Deren Fraktion, die noch bis vor kurzem in der Koalition saß, und nach mehrfachen öffentlichen Bekundungen mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Minister ganz zufrieden war, bekämpfte neuerdings diese selben Minister mit einer Leidenschaftlichkeit, die geradezu etwas Fanatisches an sich hat.

Im übrigen hat die Deutsche Volkspartei offenbar auf höheren Wink auf der ganzen Linie eine Pressepropaganda entwickelt, die darauf abzielt, das Zentrum allenthalben für die Idee des Bürgerblocks, unter Ausschaltung sozialdemokratischer Mitarbeit, zu gewinnen. Auch in Baden wird diese Propaganda eifrig betrieben. Hier ist es vor allem die „Badische Presse“, die von Zeit zu Zeit (so noch in der gestrigen Abendausgabe) das Zentrum umwirbt.

Die Taktik der Deutschen Volkspartei würde demnach offenbar ganz systematisch darauf hinauslaufen, wieder Zustände zu schaffen, bei denen die stärkste parteipolitische Vertretung der deutschen Arbeiterschaft grundsätzlich von der Mitverantwortung ausgeschlossen und in eine Oppositionsstellung dem Staat gegenüber gedrängt wird. Ob das Zentrum eine solche Politik mitmachen wird, bleibt fraglich. Das Zentrum mußte vorher seinen Charakter als Mittelpartei einfach aufgeben, wenn es eine solche Politik mitmachte. Die Deutsche Volkspartei läßt allerdings immer wieder erklären, daß eine grundsätzliche Ausschaltung der Sozialdemokratie von ihrer Seite nicht beabsichtigt sei, daß es nur ein Erfordernis des Augenblicks sei, die die Partei zwänge, sich nach rechts zu orientieren. Faktisch ist diese Orientierung im Reich und in Preußen erfolgt. Wie sie sich politisch bewährt und welche Erfolge sie taktisch der Deutschen Volkspartei einträgt, das wird man abzuwarten haben.

Der 1. März 1925 soll als Gedenktag für die Opfer des Weltkrieges begangen werden. Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen gebeten, die hierzu erforderlichen Anordnungen im Verwaltungswege zu treffen und darauf hinzuwirken, daß Ausfallstellen an diesem Tage nach Möglichkeit unterbleiben und sämtliche öffentliche Gebäude, einschließlich der Privatgebäude, halbnacht flagen. Die Veranstaltung entsprechender Feiern hat der Volksbund „Deutsche Kriegsgriberfürsorge“ in die Hand genommen. Die kirchlichen Behörden haben ihre Mitwirkung an der Begehung des Tages zugesagt.

Der dem ehemaligen Kronprinzen zugesprochen. Der preussische Staat hat in zweiter Instanz seinen Zivilprozeß gegen den früheren Kronprinzen um den Besitz des ehemaligen Kronlebens Dels verloren. Der 8. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Breslau hat als Berufungsinstanz entschieden, daß das Urteil erster Instanz richtig sei, wonach ein Heimfall des Lebens an den Staat nicht erfolgt ist. Kaiser Friedrich III. hätte seinerzeit das Leben nicht in seiner Eigenschaft als Thronfolger erhalten, sondern ausschließlich persönlich als Lohn für die Dienste als Heerführer.

Die Königin von Neapel gestorben. Erzherzogin Marie Sophie von Neapel ist im Alter von 83 Jahren in München gestorben. Sie wurde als bayerische Prinzessin in Rosenhofen am Starnberger See 1841 geboren, mit 17 Jahren heiratete sie den Thronfolger beider Sizilien. 1869 Königin von Neapel, 1900 aus Neapel durch Garibaldi vertrieben, lebte sie bis in den Februar 1901 in der Festung Gaeta auf Sizilien. Sie war die Gattin des vertriebenen Königspaars lebte zunächst in Paris; 1894 starb ihr Gatte. Marie Sophie von Neapel war eine Schwester der Kaiserin Elisabeth von Österreich und wohnte am Schluß ihres Lebens im „Hotel Bellevue“ zu München. Später im bayerischen Palais in der Ludwigstraße.

Rücktritt des preussischen Kabinetts

Das preussische Ministerium Braun hat am Freitag abend seinen Rücktritt erklärt mit der Begründung, daß die Haltung der Parteien im Landtag ein ersprießliches Arbeiten nicht gewährleisten würde. Dem Beschluß war eine interfraktionelle Besprechung der bisherigen Regierungsparteien, des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten vorausgegangen, in der als Meinung der Mehrheit zum Ausdruck kam, daß das Kabinett Braun angesichts des Abstimmungsergebnisses im preussischen Landtag zurücktreten solle, wenn auch verfassungsrechtlich kein Zwang dazu vorliege, da nach der Verfassung 225 Stimmen, d. h. die Hälfte der Mitglieder d. Landtags für ein Mißtrauensvotum hätten stimmen müssen. Die Abstimmungen über die Mißtrauens- und Vertrauensanträge am Freitag im preussischen Landtag hatten folgendes Ergebnis gehabt: bei dem kommunisistischen Mißtrauensvotum gegen das ganze Kabinett wurden 441 Stimmen abgegeben. Ja-Stimmen 221, Nein-Stimmen 220. Die deutschnationalen Mißtrauensvoten gegen Braun als Unterrichts- und Finanzminister und gegen die drei sozialdemokratischen Minister überhaupt wurden mit Stimmenmehrheit angenommen; die Ablehnung des Vertrauensvotumsantrages ist nur dadurch verhindert worden, daß die bisherigen Regierungsparteien die Beschlußunfähigkeit herbeiführten.

Die Abstimmungen im preussischen Landtag

Aber den Verlauf der Abstimmungen im Einzelnen wird noch berichtet: Das kommunisistische Mißtrauensvotum lautete: „Das Staatsministerium besitzt nicht das Vertrauen des Landtages.“ Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: Abgegeben wurden 441 Stimmen, enthalten hat sich niemand, ungültig war keine Stimme. Mit Ja haben gestimmt: 221, mit Nein 220 Stimmen. Minutenlanges Händeklatschen links und in der Mitte.

Die Stimmenverteilung ist die folgende: Mit Ja stimmten 108 Deutschnationalen, 43 Kommunisten, 45 Volksparteiler, 11 Mitglieder der Freipartei, 14 Mitglieder der Wirtschaftspartei. Die übrigen Anwesenden stimmten mit Nein. Der Antrag, der nicht 225 Stimmen erhalten hat, hat somit die gesetzliche Mehrheit nicht erreicht.

Sobald wurde abgestimmt über den Deutschnationalen Antrag, dem Ministerpräsidenten in seiner Eigenschaft als Kultusminister das Vertrauen zu entziehen. Abgegeben wurden bei der Abstimmung 437 Stimmen. Davon stimmten mit „Ja“ 220, mit „Nein“ 217. Das Ergebnis wird von den Parteien, die mit „Ja“ gestimmt haben, mit förmlichen Beifallskundgebungen aufgenommen. Der Präsident Bartels erklärt hierauf, daß zur Geschäftsordnungsmäßigen Mehrheit die Hälfte der Stimmen, d. h. 219, gehören. Er stellt fest, daß diese Stimmenzahl nicht erreicht worden sei. Hierauf folgt eine lange Geschäftsordnungsdebatte.

Der zweite Teil des deutschnationalen Mißtrauensantrages, der sich gegen Braun als Finanzminister wendet, kam hierauf zur Abstimmung. Das Ergebnis war folgendes: Abgegeben waren 439 Stimmen, auf Ja lauteten 221, auf Nein 218 Stimmen. Die nächste Abstimmung betraf den letzten Teil des deutschnationalen Mißtrauensantrages, das den drei sozialdemokratischen Ministern Braun (diesmal als Ministerpräsident), Severing und Siering das Vertrauen des Hauses entziehen will. Dieser Teil des Antrags war unbestrittenemassen ein Antrag nach Art. 67 der Verfassung, der also, um rechtsgültig angenommen zu werden, der Zustimmung von wenigstens der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl (225) bedurfte; es handelte sich um das „Entziehen des Vertrauens“ im speziellen Sinne nach Art. 67. Das Ergebnis der Abstimmung war: Abgegeben 439 Stimmen, auf Ja lauteten 221, auf Nein 218. Der Präsident stellte die Annahme des Antrages fest und fügte weiter hinzu, daß wiederum die nach Art. 67 notwendige Stimmenzahl nicht erreicht sei.

Die letzte Abstimmung betraf das von den Völkischen mit Unterstützung der Deutschnationalen gestellte, sogenannte Scheinvertrauensvotum. Vor der namentlichen Abstimmung erklärte Abg. Grzesinski (Soz.), daß der Antrag unwahrhaftig sei und daß deshalb das Zentrum, die Demokraten und die Sozialdemokraten sich nicht an der Abstimmung beteiligen würden. Das Ergebnis der Abstimmung ist, daß nur 222 Stimmzettel abgegeben worden sind, der Landtag ist also beschlußunfähig.

Bei dieser Feststellung hebt ein ungeheurer Tumult im ganzen Hause an. Zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten droht es zu einem Handgemenge zu kommen. Die Worte des Präsidenten verhallen in dem ungeheuren Lärm. Als der Präsident die Tribüne verläßt, stürzt der kommunistische Abg. Bleck zur Präsidententribüne, reißt die Präsidentenglocke an sich und überarmt unter dem losenden Beifall seiner Parteigenossen und ungeheurem Tumult des Hauses den Vorj. Er bringt ein Hoch auf die Internationale aus, in welches die Kommunisten und die Tribünenbesucher begeistert einstimmen. Einzelne Tribünenbesucher stimmen die Internationale an.

Berliner Pressestimmen

Der Rücktritt der preussischen Regierung wird von der deutschnationalen und volksparteilichen Presse auf das lebhafteste begrüßt. Auf die Frage, was nun geschehen soll, gibt man in der genannten Presse allerdings keine Antwort.

Der „Berliner Volksanzeiger“ schreibt zwar, daß die bisherigen Oppositionsparteien nunmehr die Aufgabe hätten, sich zur positiven Arbeit zusammenzuschließen. Wie sich das Blatt ein Zusammenwirken der Deutschnationalen, der Volks-

partei und der Kommunisten denkt, verrät es jedoch nicht. Die „Nationalpost“ erklärt, daß es beim Zentrum liege, ob eine neue von einer wirklichen Mehrheit getragene Regierung in Preußen gebildet werden könne.

Aber die Haltung des Zentrums weiß die „Germania“ zu sagen, daß nach dem Verhalten der Deutschen Volkspartei, insbesondere in den letzten Wochen, man sich eine Zusammenarbeit mit ihr in Preußen nur noch schwer vorstellen könne. Die Zentrumspartei werde auch in diesen schweren Stunden staatspolitische Erwägungen in den Vordergrund stellen. Die Bildung einer bürgerlichen Koalition läme für das Zentrum nicht in Frage, ganz abgesehen davon, daß auch die demokratische Partei eine solche in Preußen noch viel weniger mitmachen würde als im Reich.

Das „L.“ prophezeit, daß bei der Wahl des neuen Ministerpräsidenten durch den Landtag der Kandidat der drei bisherigen Regierungsparteien unter allen Umständen eine Mehrheit finden würde.

Der „Vorwärts“ errechnet an der Hand der Abgeordneten-ziffer der einzelnen Parteien, daß die Wiederwahl Brauns wahrscheinlich sei, und bezeichnet dies als den besten Ausweg aus der verworrenen Lage. Werde Braun wiedergewählt, so habe er sein Vertrauen und brauche sich nicht mehr um Mißtrauensanträge zu kümmern, die nicht die verfassungsmäßige Mehrheit erhalten.

Deutscher Reichstag

22. Berlin, 23. Januar.

Am Regierungstisch Reichsjustizminister Prenten. — Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 1.25 Uhr. Auf der Tagesordnung steht

Das deutsch-polnische Abkommen.

Es folgt die dritte Beratung dieses Abkommens über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen.

Abg. Rube (N.S.) lehnt die Vereinbarung ab. Wieder seien 30 000 Kleinbäuerliche Besitzer deutschen Stammes von der polnischen Regierung ausgewiesen worden.

Abg. v. Freytag-Loringhoven (D. Nat.) stellt fest, daß der Vertrag für uns sehr ungünstig sei. Die Polen arbeiteten zielbewußt auf die Entrechtung der früheren deutschen Ostmark hin. Polen sollte an das Babelwort denken: Wer Wind säet, wird Sturm ernten.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.) Der deutsche Außenminister wird an dieser Rede weniger Freude haben, als sein polnischer Kollege. Die Folgen einer Ablehnung des Vertrags würden sein, daß alle den Deutschen ungünstigen Bestimmungen bestehen bleiben und vielleicht noch verschärft werden. Der Hinweis auf die Gemeinsamkeit der Interessen beider Länder ist unseren Landsleuten nützlich, als wenn wir hier den Polen Sottisen sagen.

Abg. von Rheinbaben (D. Sp.) Wir erkennen nicht die vielen ungünstigen Bestimmungen des Vertrages, aber seine Annahme ist notwendig. In dem Vertrag sehen wir immerhin eine Verbesserung der bisherigen Verhältnisse.

Reichsminister Kowalski vom Auswärtigen Amt erkennt an, daß der Vertrag wenig Anlaß zur Freude gibt. Es ist aber eine Auslegung des Versailler Vertrages und darum haben wir bei den Verhandlungen Polen mit gebundenen Händen gegenüber. Der Vertrag enthält viele ungünstige Bestimmungen, aber er schlägt andererseits auch 90 000 Hektar deutschen Bodens in Polen.

Ministerialdirektor Wallroth bedauert, daß in der Debatte scharfe Ausfälle gegen Polen vorgekommen seien (Rufe links: Sie kamen doch von einer Regierungspartei). Er wendet sich gegen einzelne Ausführungen des Abg. Freytag-Loringhoven. Damit schließt die Aussprache. Der Vertrag wird angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des

Handelsabkommens zwischen Deutschland und Spanien,

verbunden mit der Beratung des Antrages Dr. Scholz (D. Sp.) auf Einföhrung eines besonderen Handelsvertragsausschusses.

Abg. Weidenhöfer (N.S.) bekämpft den deutsch-spanischen Vertrag, in dem er eine schwere Schädigung des deutschen Weinbaues sehe.

Abg. Simon-Frank (Soz.) beantragt Überweisung des Vertrags an den volkswirtschaftlichen Ausschuss.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wird auf Antrag von Dr. Scholz (D. Sp.) die Einföhrung eines besonderen Ausschusses für Handelsverträge beschlossen, dem der deutsch-spanische Vertrag überwiesen wird.

Die Novelle zum Handelsgesetzbuch wird in allen drei Lesungen angenommen.

Präsident Lobe regt an, den sozialdemokratischen Antrag auf

Erhöhung der Sätze der Erwerbslosenfürsorge

und Gleichstellung der Sätze für männliche und weibliche Erwerbslose auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Meibauer (D. Sp.) wendet sich u. a. gegen die Gleichstellung der Höchstsätze für männliche und weibliche

Erwerbslose. Wir haben der Beratung widersprochen, weil wir gehört haben, daß trotzdem die Erhöhung der Sätze rechtzeitig eintreten kann. Um aber auch den Schein zu vermeiden, ziehen wir den Einspruch zurück.

Abg. Hiegler (Dem.): Die neue Koalition fängt gut an. Die neue Koalition wirkt sich in der Sozialpolitik gut aus. Wir werden nach der Abstimmung feststellen können, wie weit es den Parteien der Rechten ernst ist mit ihren sozialpolitischen Versprechungen.

Abg. Frau Schröder (Soz.) tritt für den Antrag ein.

Abg. Kädel (Komm.) bezeichnet die vorgesehene Erhöhung der Sätze um 25 Prozent als unzureichend, da die Teuerung um 40 Prozent gestiegen sei.

Der Antrag besagt in der Fassung des Sozialpolitischen Ausschusses: Die Unterstützungssätze der Erwerbslosenfürsorge werden mit Wirkung vom 8. Februar ab erhöht, jedoch mit der Maßgabe, daß die Spanne der Unterstützungssätze zwischen männlichen und weiblichen Erwerbslosen sowohl in den einzelnen Bezügen, wie in den Höchstsätzen wegfällt und der Unterschied in den Unterstützungssätzen der ledigen Männer beseitigt wird.

Abg. Behrens (D. Nat.) betont, es bestche volle Einigkeit darüber, daß die Leistungen erhöht werden sollen. Strittig sei nur die Frage der Gleichstellung der Frau.

Ministerialdirektor Weigelt vom Reichsarbeitsministerium warnt vor einer Gleichstellung der Sätze für männliche und weibliche Erwerbslose, denn dann würde die Unterstützung in manchen Fällen den Lohn übersteigen.

Der Antrag wird in der Fassung des Sozialpolitischen Ausschusses angenommen, ebenso ein Antrag über die Erwerbslosenfürsorge in der Höchstföhrerei.

Es liegen mehrere Anträge auf längere Vertagung des Reichstags vor.

Abg. Dittmann (Soz.) beantragt, morgen eine Sitzung abzuhalten. Der Reichstag habe einen großen Arbeitsstoff zu erledigen, beispielsweise müsse der Innenminister Schiele noch die Interpellation des deutschföhrigen Abgeordneten Schiele und Gen. beantworten, die sich gegen die Regierung richtet (Geisterheil).

Abg. Schulz-Promberg (D. Nat.) weist darauf hin, daß früher der Reichstag sich nach der Beprechung der Regierungserklärung auf mehrere Wochen vertage. Diesmal wollten seine Freunde nur die Vertagung bis zum 3. Februar beantragen.

Abg. Schröder (Komm.) verlangt für morgen eine Sitzung.

Abg. Behrens (D. Nat.) ist für eine längere Pause, damit der Haushaltsausschuss die Etatberatung ausreichend vorbereiten könne.

Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, die nächste Sitzung am 3. Februar abzuhalten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Anträge zum Achtstundentag.

Im Reichstag sind für den heutigen Samstag und den Montag irgendwelche Ausschüßungen zunächst nicht angesetzt. Am Dienstag tritt wieder der Aufwertungsausschuss zusammen, der dann über die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Dezember 1924 beschließen will.

Der Haushaltsausschuss, dem die Etatberatung obliegt, ist für Mittwoch vormittag 11 Uhr einberufen worden.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags trat am Freitag in Anwesenheit des Außenministers Dr. Czeremansky zu einer Sitzung zusammen, in der über Annetiefragen im besetzten Gebiet im Zusammenhang mit der Durchführung des Londoner Protokolls verhandelt wurde.

Von der interparlamentarischen Union. In einer Sitzung der Deutschen Gruppe der Interparlamentarischen Union wurden in den Vorstand gewählt: Prof. Schöding als erster Vorsitzender, Reichspräsident Lobe und Reichszugler a. D. Behrens als stellvertretende Vorsitzende. Prof. Schöding und Prof. Elshoff wurden in ihren Ämtern als Mitglieder des interparlamentarischen Rates auch für die nächste Wahlperiode bestätigt. Der frühere Abgeordnete Prof. Oudiz ist laut „Post, Bg.“ von skandinavischer Seite für den diesjährigen Friedensnobelpreis vorgeschlagen worden. Die Deutsche Gruppe beschloß, sich diesem Vorschlag anzuschließen. In diesem Jahre findet die Interparlamentarische Konferenz in Washington statt.

Das Ruhegehalt für Leinert. Nach Meldungen aus Hannover erklärte der Magistrat auf Grund seines Altenstudiums die Berechnung des Ruhegehaltes für Oberbürgermeister Leinert als ordnungsgemäß zustandekommen. Es läge daher kein Anlaß vor, das Ruhegehalt zu kürzen oder ganz einzubehalten. Die Angelegenheit war durch entsprechenden Antrag des Verbandes der Bürgervereine nochmals aufgerollt worden.

Gründungsstag des Reichsbanners. Am 22. Februar kann das Reichsbanner Schwarzrotgold auf sein erstes Lebensjahr zurückblicken. Der Bundesvorstand hat jetzt beschlossen, den Gründungsstag in großem Maße festlich zu begehen, und zwar in Magdeburg am Ort der Gründung und am Sitz des Vorstandes.

Politische Neuigkeiten

Unveränderte Indexziffern

Die auf den Stichtag, den 21. Januar, berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 14. Januar mit 138,9 unverändert. Gefunken sind die Preise für Getreide, Kartoffeln, Schmalz, Fleisch, Milch, Baumwolle, Zute und die meisten Metalle, außer Eisen. Früher dagegen lagen die Preise für Roggen, Weizen, Hafer, Hopfen, Baumwollgarn, Aluminium und Glasöl. Von den Hauptgruppen blieben die Lebensmittel mit 138,3 (Vorwoche 138,1) nahezu unverändert, während die Industriestoffe von 140,3 auf 140,0, oder um 0,2 Prozent nachgaben.

Die Indexziffern für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) für 21. Januar blieb nach Feststellung des Statistischen Reichsamtes gegenüber der Vorwoche (124,0) ebenfalls unverändert.

Die Unterfuchung der Finanzaffären

Der vom Reichstag eingesetzte Sonderausschuss für die Barmer Affäre hielt am Freitag eine Sitzung ab, um sich über die Richtlinien für die Behandlung der Angelegenheit schlüssig zu werden. Im Laufe der Verhandlungen wurden von verschiedenen Rednern Wünsche auf Ausdehnung der Untersuchung über die Affäre Barmer-Affäre hinaus vorgebracht; auch andere Kreditgeschäfte sollten geprüft werden. Als einheitliche Auffassung stellte der Vorsitzende, Abg. Sönger (Soz.) fest, daß sich nach Ansicht des Ausschusses die Untersuchung nicht auf die Kreditgewährung der Reichsbank erstrecken solle. Schließlich wurden die vorgelegten Richtlinien der Untersuchung mit einigen Änderungen gegen die Stimme des kommunistischen Vertreters angenommen und der Vorsitzende ermächtigt, den Termin für die nächste Sitzung selbst zu bestimmen.

Osterreich und Deutschland

Die Berliner „Zeit“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Führer der österreichischen Großdeutschen, dem Präsidenten Dinghofer, der sich gegenwärtig mit dem Botschafter a. D. Dr. Frank in Berlin aufhält. Dinghofer erklärte u. a.:

Wir müssen alles daran setzen, uns als selbständig-r Staat zu erhalten und uns damit als deutscher Volkstamm in möglichster Unabhängigkeit dem deutschen Volke zu bewahren. Die Heimkehr in das deutsche Vaterland ist uns bekanntermaßen durch die Friedensverträge und durch die bestehenden Nachkriegsverhältnisse noch verwehrt. Trotzdem ist bei uns in Osterreich die Überzeugung nicht erloschen, daß auch für uns einmal der Tag der nationalen Gerechtigkeit kommen wird, an dem auch für uns das Recht der Selbstbestimmung Tatsache wird. Bis dahin heißt es ausdauern und die gegenseitigen Beziehungen zwischen dem deutschen Volke diesseits und jenseits der Grenzspähle auf allen Gebieten, soweit es möglich ist, zu festigen. Es ist daher selbstverständlich, daß wir gerne in das deutsche Reich pilgern, um dort jede Gelegenheit zur Herstellung des gegenseitigen Verhältnisses zu ergreifen. Das war auch der Zweck meiner und des Botschafters Reise. Mit großer Befriedigung sehen wir in die deutsch-österreichische Heimat zurück.

Botschafter a. D. Frank erklärte einem Vertreter der „Germania“, daß man in Osterreich auf die Zusammenarbeit mit Deutschland in Verkehrs-, Wirtschafts- und Kulturfragen großen Wert lege. Osterreichs Lage als Mittelstaat zwischen Deutschland und dem Südoften Europas werde durch die kulturelle Gemeinschaft wesentlich erleichtert. Der Handelsvertrag werde hoffentlich einen guten Anfang bringen. Dr. Frank setzte sich schließlich für die Wiederherstellung der Pressefreiheit ein, die vor dem Kriege in vollem Maße zwischen Deutschland und Osterreich geherrscht habe.

Ämtlich wird über das Ergebnis des Besuchs mitgeteilt: Bei den Besprechungen, die die heraldische Freundschaft zwischen den beiden Brüdervölkern ausdrücken, wurde die Frage der Zusammenarbeit der beiden Staaten auf dem Gebiete des Verkehrs, der Wirtschaft und Kultur erörtert. Insbesondere wurde zur Sprache gebracht, inwiefern der als provisorisch gedachte Zusatzvertrag vom 12. Juli zum deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen vom 1. September 1920 zweckmäßig ausgebaut werden könne. Seitens der österreichischen Herren wurde besonders auf darauf Gewicht gelegt, daß die bestehenden Verkehrsbehinderungen zwischen beiden Staaten baldmöglichst eine Erleichterung erfahren sollten in dem Sinne, daß die auf deutscher Seite noch bestehenden Post- und Sichtvermerksmaßnahmen und die Grenzkontrolle nach Möglichkeit den liberalen Bestimmungen in Osterreich angepaßt werden. Es besteht Aussicht, daß diesen Wünschen in kurzer Zeit Rechnung getragen werden kann.

Die deutsche Einheitskurzschrift. Der Tiroler Stenographenverein in Innsbruck hat sich auf den Boden der Deutschen Einheitskurzschrift gestellt.

* Wabisches Landestheater. Um das Fach des schweren Hel-den bewarb sich in der gestrigen Aufföhrung des „Hauk“ in der Titelrolle Herr Carl Randt vom Landestheater in Oldenburg. Wir möchten von einem Engagement abraten. Herr Randt ist zwar geistig den Erfordernissen der Rolle durchaus nachgekommen, aber rein stimmlich und darstellerisch reichten seine Mittel für ein Theater, wie das unsrige, nicht aus. Er registrierte die Rolle nicht schlecht, aber er gestaltete nicht darstellerisch und vermochte künstlerisch nicht zu überzeugen.

Aufföhrung von Ernst Bachmeisters „Aete“ im Freiburger Stadttheater

Nachdem am vergangenen Sonntag in einer Morgenfeier der Dichter Ernst Bachmeister sich dem Freiburger Theaterpublikum mit einem Vortrag über das Thema: „Der Ausgang einer neuen klassischen Tragödie“ persönlich vorgestellt hatte, kam am Donnerstag sein Werk zum Wort, um die Ideen des Dichters in lebendiger dramatischer Gestaltung und in feiner geschlossener, an die Sprachkraft, wenn auch nicht an den Witzreichum Hebbels erinnernden Sprache von der Bühne herab wirken zu lassen. Das Haus war voll besetzt wie selten und erwartete mit sichtlicher Spannung das Aufgehen des Vorhangs. Die Tragödie „Aete“ spielt zur Zeit des blutigen jüngeren Dionys von Syrakus, zur Zeit des Plato und Kristipp in der Stadt und Burg Syrakus. Dion, der Gatte der Aete schloß sich an, Syrakus von der Herrschaft des in seiner Burg angeschlossenen Tyrannen Dionys zu befreien. Aete, die Schwester des Dionys, befindet sich mit ihrer Mutter auf der Burg in der Gewalt ihres verbrecherischen Bruders, der lachend Menschen tötet oder töten läßt und seine Schwester zwingt, seinem Günstling Timokrates zu Willen zu sein. Aete fügt sich dem Zwang. Sie will leben, leben für ihren Gatten, dem trotz leidlicher Schmach und Schändung die Liebe ihrer reinen Seele gehört. Die Nacht naht, die Burg wird von dem aufs Tiefste verletzten und ergriminten Dion, der die Entweihung seiner Liebe durch einen Genden von einem entflohenen Betreuen des Dionys erfahren hat, er-

führt. Doch Dion kann seiner Gemahlin über das Erdhafte hinaus ins Reich der überkörperlichen Liebe nicht folgen, kann nicht verstehen, daß sie leben kann im Bewußtsein ihrer Schande. Selbst Plato, der idealistische Philosoph, kann ihren Gedanken, die sie über das niedrige, rein körperliche Dasein hinausheben und ihr den Weg zum Geist, zur unbefleckten seelischen Liebe führen, nicht hohes Verständnis entgegenbringen. Er weiß sie in den Sühnetod. Sie aber will nicht sterben, sondern leben, um des vergessenen, von der Materie losgelösten Menschentums willen, dessen Licht ihr in der Erniedrigung ihres Leibes aufgegangen ist. Ihr Geist, ihr Ideal, von allen unverstanden und von Plato zu spät erkannt, steigt, ihr Leib, von ihrem Gatten dem Tod geweiht, muß an den Schranken des Irdischen zerbrechen, die die ergebundene Liebesauffassung des Dion zwischen sich und ihr aufreichten. — Der Dichter wurde zum Schluß auf offener Bühne gefeiert und kann einen unstrittigen Erfolg verzeichnen. Auch die Hauptdarsteller und der Intendant Dr. Krüger, in dessen Händen die Spielleitung lag, hatten starken Anteil an dem herzlich gespendeten Beifall. D. T.

Fröhlich Pfalz — Gott erhalte. Durch die uns allen nur zu wohl bekannten Verhältnisse waren die Verbindungen mit unsern überrheinischen Landsleuten in der Pfalz in den letzten Zeiten recht erdöwert gewesen. Wie oft waren die Karlsruher in früheren Jahren gen hinübergefahren nach dem schönen weinfrohen und fangesüßigen Nachbarlände, mit welchem so viel von uns eine freundschaftliche und verbandtschaftliche Bande verknüpfte! Hunderte wanderten allsonntäglich in die herrlichen Berge mit den ragenden Burgen, den rauschenden Wäldern; und in den alten päpstlichen Schenken der zwischen reitragenden Sügeln eingebetteten Dörfer wurde manch fröhliche Weinprobe mitgemacht. Dann kamen düstere Zeiten, schwere Tage für unsere Landsleute da drüben. Wenn man damals auch nicht zu ihnen hinüber konnte, unsere Teilnahme unser Mitfühlen war doch bei ihnen. Endlich ist es wieder möglich, die Pfalz zu besuchen. Da ist es wohl

angebracht und zu begrüßen, wenn uns deren Schönheiten und Werte in Wort und Bild unserer Bewußtheit wieder nahegerückt werden. Diesen Zweck soll die Veranstaltung der Badischen Lustspiele im Konzerthaus dienen, die, wie wir annehmen, die zahlreichen Mitglieder der Pfälzer Vereine und alle Pfälzfreunde, aber auch sonst sehr viele Karlsruher darum herzlich begrüßen werden. Ein ganz neuer, hier erstmals zur Vorführung gelangender Film wird die Pfalz in ihrer landschaftlichen Schönheit und in ihrem munteren Volkstreiben, aber auch in ihrer ersten Arbeit zeigen. Das hier bestående bekannte Doppelquartett „Turnerquartett“ hat die gesangliche Begleitung übernommen. Die Teilnehmer an dem jüngst stattgehabten Dankesbesuch in der Pfalz werden sich der erfolgreichen Mitwirkung des Quartetts gern hierbei erinnern. Von den in Aussicht genommenen Vieren: D. Weinreid in d' Pfalz und „Beim Kannewitz in Deidesheim“ werden ob ihres humorvollen Inhaltes sicherlich besonderem Interesse begegnen. Wir hoffen, daß trotz der vielfachen Karnevalsveranstaltungen ein guter Besuch dieses Pfälzer Abends den Beweis erbringen wird, daß man hier die Pfalz und die Pfälzer nicht vergessen hat und sich heute der Möglichkeit freut, gelegentlich dort wieder zu Gast kommen zu können.

Der Pfälzer-Notor. In der Karlsruher Handelskammer hielt gestern abend Prof. Spannake von der hiesigen Technischen Hochschule vor einem größeren Kreise geladener Gäste einen interessanten Vortrag über den „Pfälzer-Notor im Rahmen moderner Luft- und Wasserwirtschaft“ und wies dabei besonders darauf hin, daß diese Erfindung den praktischen Erfolg der theoretischen wissenschaftlichen Arbeit darstelle. Die technische Stauungslehre sei damit so stark in den Vordergrund der technischen Forschung gerückt, daß eine Reihe technischer Hochschulen neue Lehrstühle bezw. neue Versuchsanstalten für dieses Gebiet zu schaffen sich anschickten; auch an der Karlsruher Hochschule gehe eine kleine Versuchsanstalt ihrer Vollendung entgegen. Der Vortrag wurde durch vier bildungsvolle Lichtbilder illustriert.

Prozess gegen den Bund Oberland

Vor dem Schwurgericht München I begann am Freitag die angeklagte Verhandlung gegen die unter der Beschuldigung der Fortführung des aufgelösten Bundes „Oberland“ stehenden Vorstandsmitglieder des Deutschen Schützen- und Wandverbundes, Deyding, Dr. Althemer und Generalmajor a. D. Meister, sowie gegen den seinerzeit im Dittlerprozeß wegen Beihilfe zum Hochverrat verurteilten Tierarzt Dr. Weber. In der Verhandlung sind nur vier Zeugen geladen. Ein Ersuchen der Verteidigung, den Angeklagten zu gestatten, an Tischchen vor der Anklagebank Platz zu nehmen, lehnte der Vorsitzende ab. Die Verhandlungen dürften zwei Tage in Anspruch nehmen. Einem Antrag des Staatsanwalts, die Öffentlichkeit auszuschließen, wurde von der Verteidigung widersprochen. Auch der Vorsitzende betonte, daß das Gericht ein Interesse daran habe, soweit als möglich öffentlich zu verhandeln. Durch Gerichtsbeschluss wurde die Öffentlichkeit zunächst für die Verhandlung über den Antrag des Staatsanwalts ausgeschlossen. Auch der Presse wurde die Anwesenheit nicht gestattet.

Der Prozess gegen den früheren thüringischen Minister Hermann

In dem Prozess Hermann wurde, wie aus Weimar gemeldet wird, am Freitag in später Abendstunde nach dreitägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils sprach die Strafkammer den früheren Minister Hermann von der Anklage der Urkundenfälschung frei und verurteilte Künze zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. Die mitangeklagten ehemaligen Kreisdirektoren Hoerschelmann, Faulen, Otto und Kerner, wurden ebenfalls freigesprochen. Das Gericht machte sich den staatsrechtlichen Gehalt der Verteidigung zu eigen, daß Hermann für seine Handlungen als Minister strafrechtlich nicht verantwortlich gemacht werden könne. Die Gesamtkosten bis auf die, welche Künze zu tragen hat, fallen der Staatskasse zu.

Der Hamburger Kommunistenprozess vor Gericht

Vor der 7. Strafkammer des Landgerichts Hamburg begann am Donnerstag der Hochverratsprozess gegen die Mitglieder des Hamburger Kommunistenbundes vom Oktober 1923. Bei den Kämpfern sind seither in Hamburg allein 17 Polizeibeamte getötet und 34 mehr oder weniger verwundet worden. Die Verluste der Zivilbevölkerung haben mit Sicherheit nicht geschätzt werden können. Es wurden aber in die hiesigen Hamburger Krankenhäuser 60 Tote und 154 Verwundete eingeliefert. — Angeklagt sind der Reichstagsabgeordnete und Parteiführer Urbahn, der Angestellte Walther Mühl, die Angestellten beim Wohlfahrtsamt Fritz Ester und Alfred Lewy, der Schriftführer Karl Köppen, der Redakteur der „Hamburger Volkszeitung“ Hermann Jensen, der Journalist Richard Schabbe und der Richter Fredebe, die sämtlich der R.F.D. angehören. Die Anklage lautet auf Hochverrat oder Vorbereitung dazu. Aufforderung zum Hochverrat, begangen durch fortgesetzte Handlungen in der Zeit von Juli bis Oktober 1923. Es wird mit einer Prozessdauer von mehreren Wochen gerechnet.

Regierung der Mitte in Hessen?

Zur Regierungsabildung in Hessen erklärt das Darmstädter Parteiorgan der Deutschen Nationalen Volkspartei von unterrichteter Seite, daß die Regierung der Mitte gesichert erscheine. Die Demokraten, ohne deren 6 Abgeordnete, in Hessen zur Zeit keine Regierungsabildung möglich ist, sollen geneigt sein, ihren Beisitz, an der bisherigen Koalition teilzunehmen, zu verweigern. Falls diese Regierung der Demokraten, Deutschen Volkspartei und des Bauernbundes zustande käme, wäre für die Deutsche Nationalen Volkspartei die Möglichkeit gegeben, eine wohlwollende Neutralität zu wahren.

Kurze Nachrichten

Die deutsch-franz. Wirtschaftsverhandlungen. Der Vorsitzende der deutschen Wirtschaftsdelegation, Staatssekretär Dr. Feindt, hat am Freitag mittag dem französischen Handelsminister in Paris als Antwort auf die Vorschläge vom 17. Januar eine Note überreicht, in der er Ausflüge über gewisse Stellen des französischen Memorandums verlangt. Die deutsche Note umfaßt drei Seiten.
Eine sozialdemokratische Kundgebung gegen den Rechtskurs. Der „Vorwärts“ kündigt für den 27. Januar eine Kundgebung im Berliner Sportpalast gegen den Rechtskurs an, in der u. a. Reichstagspräsident Loebe, Crispien, Weisfeld, Müller-Franke und Scheibman das Wort ergreifen werden. Thüringen und Reich die Folge sein könnte.
Vierteljährliche Gehaltserhöhung für die Beamten. Der Berliner „Volksanzeiger“ will wissen, daß sich die Reichsregierung entschlossen habe, vom 1. April 1925 zur vierteljährlichen Gehaltserhöhung an die Beamten zurückzukehren.

Landestheater. Wie bereits bekannt gegeben, findet nach langjähriger Pause am Sonntag, den 26., die erste Aufführung der neuentworfenen komischen Oper von Peter Cornelius „Der Barbier von Bagdad“ statt. Die Wiederaufnahme des Werkes soll zunächst der Erinnerung an den 100. Geburtstag und 60. Todestag des Meisters gewidmet sein, dann aber auch zahlreichen Wünschen der Opernbesucher nachkommen. Die Hauptpartien sind besetzt mit den Damen Baß und Hoffmann-Bremer (Benzel alterierend) sowie den Herren Krentz, Peters, Barth und Dr. Wuderpennig (Titelpartie). Die musikalische Leitung hat Staatskapellmeister Lorenz, die Inszenierung liegt in den Händen des Oberregisseurs Wulfard. Der Oper folgt die Erstaufführung der Ballettpantomime „Pierrots Sommernacht“ von Hermann Roedel, dem bekannten Komponisten der hier zur Aufführung gebrachten Oper „Meister Guido“. Das Ballett wurde an der Staatsoper in München mit großem Beifall aufgeführt. Es wird hier von Mini Raine einstudiert; die musikalische Leitung hat Kapellmeister Schweppe inne. — Außer dem Tangkörper und den Damen des Singchores wirken auch Damen hiesiger Gesellschaftskreise mit. Herr Theo Straß von der Staatsoper in Dresden wurde nach seinem zweimaligen Gastspiel als Tanzführer und Florestan für die kommende Spielzeit als Orchesterleiter verpflichtet. — Der morgigen Erstaufführung von „Pierrots Sommernacht“ wird auch der Komponist Hermann Roedel beiwohnen. — Das in der Übersetzung u. Neubearbeitung von Otto Stockhausen-Darmstadt am Sonntag, den 26. Januar im Konzerthaus zum erstenmal zur Wiederaufführung kommende vieraktige Lustspiel „Das Glas Wasser“ von H. Eugène Scobie ist in den Hauptrollen mit den Damen Gemath, Raffé, Scheinplung und den Herren Büchner, Weig, Gemmede und Kreuzinger besetzt. Die Spielleitung hat Herr Büchner. — Die Vorstellung beginnt um sieben Uhr.

Badischer Teil Wohnungsnot und Wohnungsneubau in Baden

Berechnung des dringendsten Wohnungsbedarfs

Diese Annahme, eines Fehlbetrags von rund 25 000 Wohnungen, wird bestätigt durch eine Berechnung des Wohnungsbedarfs auf Grund der Bevölkerungsstatistik nach einem in Halle seit Jahren mit gutem Erfolg angewandten Verfahren. Diese Berechnung beruht auf folgenden Erfahrungstatsachen: Eine Haushaltung entfehlt und eine Wohnung wird regelmäßig benötigt durch Heirat eines ledigen oder geschiedenen Mannes mit einer ledigen Frau, Heiratet ein lediger Mann eine Witwe oder eine geschiedene Frau, oder heiratet ein Witwer eine ledige Frau, so wird in der Regel eine neue Wohnung nicht in Anspruch genommen. Heiratet ein Witwer eine Witwe oder eine geschiedene Frau, so wird meistens sogar eine Wohnung frei. Der Hauptanteil an den Haushaltsauflösungen kommt natürlich auf Todesfälle, und Wohnungen werden im allgemeinen frei bei Todesfällen von Witwern, Witwen oder geschiedenen Frauen. Eine Berechnung der Haushaltsvermehrung und -verminderung auf dieser Grundlage ergibt, daß in den Jahren 1915—1918 ein erheblicher Verlust an Haushalten eingetreten ist und daß wir vom Jahre 1919 an einen starken Gewinn an Haushalten zu verzeichnen haben, der im Jahre 1920 seinen Höhepunkt erreicht und von da an ständig im Fallen begriffen ist. Im ganzen ergibt sich für die Jahre 1914—1923 ein Gewinn von 63 641 Haushalten. Im Durchschnitt des Jahrzehnts beträgt der Gewinn jährlich 6300 und im Durchschnitt des letzten Jahrzehnts 12 800 Haushalte. Der Haushaltsgewinn wird in den nächsten Jahren voraussichtlich noch weiter fallen, vielleicht bis zu 6—7000 jährlich. Die Auswirkung auf den Wohnungsmarkt ergibt folgende Darstellung:

1. Wohnungsbedarf: a) aus Haushaltsgewinn ohne Wanderung 1919/23: 63 641, b) aus Wanderungsgewinn 1919/23 12 000, c) aus Abgang an Wohnungen 1919/23 1663, Gesamtbedarf: 77 304.
2. Wohnungsangebot: a) Neuwohnungen Anfang 1914 1 1/2 Proz. von 500 000 Wohnungen 7500, b) Neubautätigkeit 1914—1923: 33 153, c) Notwohnungen 1918—1923 ohne Bauveränderungen: 10 000, Gesamtangebot: 50 653, Fehlbetrag: 26 651 Wohnungen.

Der Fehlbetrag an Wohnungen ist nach der vorstehenden Berechnung 26 651 Wohnungen; nach der Erhebung auf 1. Januar 1922 betrug er 26 492 Wohnungen. Die ermittelte Zahl ist aber eher zu niedrig als zu hoch, da in der Statistik (1 c) offensichtlich nur ein Teil des Abgangs an Wohnungen erfasst ist, und da viele der 1918 bis 1923 geschaffenen Notwohnungen (11 c) mit der Zeit wieder eingehen werden und auch dafür neue Wohnungen gebaut werden müssen. Man muß also zweifellos in Baden mit einem Fehlbetrag von mindestens 25 000 Wohnungen rechnen. Es entfallen hiernach auf 1000 Einwohner oder 250 Haushalte 12 fehlende Wohnungen, oder jeder 21. Haushalt hat keine eigene Wohnung. Eine in Sachsen vorgenommene eingehende Erhebung ergab auf je 1000 Einwohner einen Fehlbetrag von 10 Wohnungen. Der Mafstab war hierbei vielleicht noch etwas schärfer wie in Baden.

Gesamtbedarf an Wohnungen und Ausflüchten der Bautätigkeit

Außer dem Fehlbetrag muß aber auch der Neubedarf an Wohnungen gedeckt werden, der durch den zu erwartenden Gewinn von jährlich 6—7000 Haushalten entsteht, da wir sonst mit dem Wohnungsbaue wieder in Rückstand kommen. Setzen wir uns als Ziel den Fehlbetrag von 25 000 Wohnungen in 5 Jahren zu decken, so müssen in dem nächsten Jahrzehnt jährlich zur Deckung des Fehlbetrages mindestens 5000 und zur Deckung des Neubedarfs mindestens 6000, also zusammen jährlich mindestens 11 000 Wohnungen neu erstellt werden. In den Jahren 1919 bis 1923 wurden in Baden durchschnittlich im Jahre 2888 Wohnungen ohne öffentliche Baukostenbeihilfen erstellt. Ob sich die freie Bautätigkeit im nächsten Jahre besser gestaltet, weiß niemand voraus zu sagen. Nehmen wir aber an, es sei so, dann wird man günstigstenfalls mit 4000 neuen Wohnungen rechnen können, so daß mindestens 7000 Wohnungen verbleiben, für die Beihilfen aus öffentlichen Mitteln in irgend einer Form gewährt werden müssen.

Der Wunsch, zu bauen, ist bei vielen vorhanden; die Wohnungsnot zwingt dazu. Infolge der allgemeinen Verarmung fehlt es aber an dem notwendigen Baukapital und an der Möglichkeit, Darlehen zu erträglichen Zinsen zu erhalten. Ferner betragen die Baukosten im Landesdurchschnitt heute das 1,36fache der Friedensbaukosten. Hypothekendarlehen waren im Frieden zu 4 bis 5 Prozent zu erhalten. Der Zins ist jetzt ganz bedeutend höher und muß noch wesentlich sinken, wenn man Hypothekendarlehen zu 8 bis 9 Prozent erhalten will. Für die Verzinsung des Baugeldes ist deshalb für die nächsten Jahre mit etwa dem 2 x 1,36fachen, also dem 2,72fachen gegenüber der Friedenszeit zu rechnen. Berücksichtigt man weiter die erhöhten Betriebs- und Instandhaltungskosten, so muß man für Neubauten wenigstens die dreifache Friedensmiete annehmen. Eine solche Miete ist für die meisten Mieter heute nicht trag-

bar. Ein Bauen auf rein wirtschaftlicher Grundlage und ohne öffentliche Unterstützung in dem notwendig großen Umfange ist deshalb vollständig ausgeschlossen.

Staatliche Unterstützung des Wohnungsbaus im Ausland

Die staatliche Unterstützung der Wohnungsbautätigkeit erfolgt nicht nur in Deutschland, die gleiche Notwendigkeit hat sich auch in anderen Staaten, besonders in den Siegerstaaten des Weltkrieges gezeigt.

In Holland wurden schon während des Krieges Baubeihilfen gewährt. Der Staat gewährte niedrig verzinsliche Hypotheken und außerdem Zuschüsse, die im Jahre 1923 noch 25 v. S. der gesamten Baukosten betragen. Schweden und Dänemark gewährten Zuschüsse in Höhe von 30 v. S., Norwegen in Höhe von 20 v. S. der Baukosten. In der Schweiz gewährte der Bund Zuschüsse bis 1922, seitdem geben die Gemeinden mit 6 Prozent verzinsliche 2. Hypotheken aus öffentlichen Mitteln. In Nordamerika, das keine Zwangswirtschaft im Wohnungswesen hatte, lag der Wohnungsbau nach dem Kriege jahrelang vollständig still. Seit 1922 sah sich der Staat zu weitgehenden Sondermaßnahmen, insbesondere Steuerbefreiungen, genötigt, um den Wohnungsneubau wieder in Gang zu setzen. Auch die Tschechoslowakei und Österreich gewährten Baubeihilfen.

Von ganz besonderer Bedeutung aber ist für uns das Vorgehen in England, wo die Lage des Bau- und Wohnungsmarktes den Verhältnissen in Deutschland in vielen Punkten gleicht. In England suchte man schon bald nach dem Kriege den Wohnungsbau durch öffentliche Zuschüsse zu heben. Da der Realzins nicht so vernichtet war wie bei uns, brauchte man nicht in dem Umfange Kapitalzuschüsse anzuwenden wie in Deutschland. Es wurden deshalb neben billigen Hypotheken in erster Linie Mietzuschüsse aus der Staatskasse in der Regel für 20 Jahre gewährt, die durch Gemeindezuschüsse ergänzt wurden. Später erließen die Last für die Staatskasse zu groß und es setzte zugleich eine lebhafteste Agitation für die Herstellung der freien Wirtschaft ein. Das Kabinett Lloyd George suchte im Jahre 1922 gegen den Widerspruch des Wohlfahrtsministers aus fiskalischen Gründen die Beihilfen einzustellen. Der Erfolg war, daß die Wohnungsneubautätigkeit vollständig ins Stoden geriet. Die Regierung mußte deshalb durch ein Gesetz vom Jahre 1923 wieder neue Mittel bereitstellen; danach dürfen die Gemeinden bis 30. September 1925 beliebig viele Wohnungen bauen und erhalten für jede Wohnung 20 Jahre lang einen Staatszuschuß von 6 Pfund Sterling; die Gemeinden haben auch Lasten zu übernehmen. Es erwies sich aber bald, daß die mit dieser Unterstützung erbauten Wohnungen für die Arbeiter zu teuer wurden. Auf Grund eines neuen Wohnungsbaugesetzes vom August 1924 wurde die Befristung des Gesetzes vom Jahre 1923 bis zum 1. Oktober 1939 ausgedehnt und die Unterstützung von 6 auf 9 Pfund Sterling jährlich, in ländlichen Bezirken sogar auf 12 Pfund Sterling 10 Schilling erhöht und die Unterstützungszeit von 20 auf 40 Jahre verlängert. Das Gesetz sieht für 15 Jahre die Erstellung von 2 500 000 Wohnungen vor, im Durchschnitt jährlich 170 000 Wohnungen. Die notwendigen Mittel werden den allgemeinen Einnahmen des Staates und der Gemeinden entnommen.

Internationale Polizeitechnische Ausstellung in Karlsruhe

In Preußen werden, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, bereits umfassende Vorbereitungen für die internationale polizeitechnische Ausstellung getroffen, die vom 7. bis 21. Juni in Karlsruhe stattfinden wird. Mit der gesamten preußischen wird im besonderen auch die Berliner Polizei auf allen Gebieten stark vertreten sein.

Aus der Landeshauptstadt

Der Bad. Kunstverein veranstaltet von Mitte Januar bis Mitte Febr. eine Nachlassausstellung von Walter Suttie sowie Kollektiv-Ausstellungen von Prof. Gehri-Karlsruhe, G. Ruldrich-Karlsruhe, Jol. Gegenbarth-Dresden.

Diebstahl im Bahnhof. Einem Reisenden im D-Zug Paris-Prag wurde gestern zwischen Rehl und Karlsruhe nach seinen Angaben die Brieftasche mit einem Inhalt von 240 Mark und 1200 französischen Franken gestohlen. Der Tat bezichtigt er eine Frauensperson, die in seinem Abteil gesessen und ihm Branntwein zu trinken gegeben habe, durch den er betäubt worden sei.

Geschäftliches

Ein neuer Brotbesatz! Es ist nicht abzuleugnen, daß unlerem Frühstückstisch die Abwechslung fehlt. Diesem Uebel hilft in glücklicher Weise eine von den Nigun-Schokoladen-Werken David Söhne A.G., Halle (Saale) auf den Markt gebrachte Neuheit ab: „Die Frühstücksschokolade“. Es ist dies eine in bünnen Täfelchen von der Plättchengröße eines Bäckchens besonders für diesen Zweck hergestellte harte Schokolade von feinem und doch kräftigem Geschmack. Mit diesen Täfelchen wie mit Aufschnitt belegte Brötchen munden zum Frühstück und Nachmittagskaffee ausgezeichnet.

Togal Tabletten hernorragend bewährt bei
Gicht | Hexenschuß, 2.323
Rheuma | Nerven- und
Ischias | Kopfschmerzen
Togal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus.
Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken erhältlich.
Best. 12,6% Lit., 0,46% Chinin, 74,3% Acid. acet. salic., ad 100 Amylon.

Pianos - Harmoniums

erste Weltmarken, neu und gebraucht, zu günstigen Preisen und Bedingungen. Frankfurter

Pianohaus Lang

Kaiserstraße 167 I
Salamanderschuhhaus
Telefon 1073

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	24. Jan.		23. Jan.	
	Preis	Notiz	Preis	Notiz
Amsterdam 100 G.	169.29	169.71	169.34	169.76
Kopenhagen 100 Kr.	75.01	75.19	75.01	75.19
Italien 100 L.	17.29	17.53	17.36	17.40
London 1 Pf.	20.13	20.18	20.14	20.19
New York 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris 100 Fr.	22.67	22.73	22.75	22.81
Schweiz 100 Fr.	80.98	81.18	80.94	81.14
Wien 100 000 Kr.	5.91	5.93	5.90	5.92
Prag 100 Kr.	12.54	12.58	12.54	12.58

Notierung über 100 Prozent

Börsen und Märkte

Wochenchau nach dem Stande vom 22. Januar 1925
Börse: Das neue Kabinett Luther hat bei der Börse nicht eben eine günstige Aufnahme gefunden. Auf allen Märkten blieb die Haltung schwach. Schon die lange Regierungskrise war eine außerordentliche Belastungsprobe für die Börse gewesen und lediglich das große Geldangebot bildete die Haupttriebkraft für die Kurse. Jetzt nach der Kabinettsbildung besteht an der Börse außerordentliche Sorge gegenüber einem event. Rechtskurs in Deutschland, zumal da man eine ungünstige Rückwirkung auf das Ausland befürchtet. Aber auch in

innerpolitischer Hinsicht ist die neue Lage unbefriedigend, da man mit der schärfsten Opposition der Linken gegen die neue Regierung zu rechnen hat und sogar von neuen Streikabsichten gesprochen wird. Dazu kam noch die Unsicherheit der Weiterentwicklung des Geldmarktes. Die Spekulation blieb unter diesen Umständen sehr zurückhaltend und schritt zu Effektivrealisationen. Bedeutenden Einbruch machten die Meldungen der Industrie über den günstigen Stand der Wirtschaftslage zu sehr die Börse verstimmt, als daß die günstigen Nachrichten über wirtschaftliche Fortschritte die Industrien hätten sofort beleben können. Auch auf dem Rentenmarkt bröckelten die Kurse ab, denn die Ausführungen im Reichstag über die Aufwertung hatten die interessierten Kreise keineswegs befriedigt. Kriegsanleihe wurde mit 8,9 Reichsmark pro 1000 Papiermark Kennwert notiert.

Geldmarkt: Die Geldverhältnisse haben sich etwas vertieft, was mit den Vorbereitungen für Ultimo zusammenhängt. Eine Verbesserung trat aber infolgedessen ein, als man eine Herabsetzung der Geldsätze näher trat. Tagesgeld stellte sich auf 8-12 Monatsgeld auf 9-12, Privatdiskont auf 8 und feste Warenwechsel auf 8,5 Prozent. Der Zinsemäßigungs sind auch die württembergischen Sparklassen gefolgt, die nunmehr für Einlagen 8 Prozent vergütet und nach einer weiteren Bekanntmachung auch ihre Soll-Zinssätze, also für ihre Ausleihungen, ermäßigt haben. Die Sollsätze werden etwa 1 1/2 bis 2 Prozent höher sein als die Habenzinssätze und werden sich mit den oben erwähnten allgemeinen Zinssätzen decken.

so daß immerhin um 10 Prozent Geld zu bekommen ist. Für eine Herabsetzung der Zinse tritt auch die Berliner Stempelvereinigung ein, die für Einlagen nur noch 5 Prozent gewähren will, während die Sollzinssätze unverändert 2 Prozent über dem Reichsbankdiskont, also 12 Prozent betragen sollen.

Produktenmarkt: Der Produktenmarkt hat seinen festen Stand bewahrt und fand eine kräftige Stütze in den weiteren Preissteigerungen in Nordamerika. Die Kurse zogen in allen Getreideforten an. Die Bestrebungen, den einheimischen Produktenmarkt, der in der letzten Zeit ganz in der Abhängigkeit des amerikanischen sich befindet, und jede Bewegung nach oben oder unten von dort mitmacht, von dem amerikanischen Einfluß zu lösen und sich mehr nach den europäischen Verhältnissen zu orientieren, blieben angesichts der Tatsache, daß wir als Getreideimportland nun einmal wesentlich von Amerika abhängig sind, ohne Erfolg. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 284 (plus 17), Roggen 258 (plus 15), Sommergerste 312 (plus 2), Wintergerste 252 (plus 2), Hafer 201 (plus 6) Mark je pro Tonne und Mehl 374 (plus 2) Mark je pro Doppelzentner. In Süddeutschland notierten Weizen und Gerste unverändert mit 7 bezw. 5,5 M. pro Doppelzentner.

Warenmarkt: Auf den Gütermärkten ist die Tendenz steigend; namentlich für gute kräftige Sorten, die sehr knapp sind, wurden hohe Preise geboten. In der Textilbranche ist die Lage unverändert. Der Beschäftigungsgrad gilt als günstig. Die Eisenpreise haben angezogen und zwar durchschnittlich um 10 Mark pro Tonne.



Badisches Landestheater

Sonntag, 25. Januar. 6 1/2 - 9 1/2 Uhr. Mk. 7. G 14. Th.-Gem. 6091-6100 u. I. Sondergr. Neueinstudiert: **Der Barbier von Bagdad**, Oper von Cornelius. Hierauf z. 1. Mal: **Pierrots Sommernacht**, Ballettpantomime von Herrn. Noetzel.

Im Konzerthaus.

7-1/2 10 Uhr. Mk. 3.80
 Neueinstudiert: **Das Glas Wasser**.
 Lustspiel nach Scribe; neue Bearbeitung von Stockhausen.

Im Obergeschoß:
 SAMSTAG, den 24. Januar 1925
Neu-Eröffnung
 eines
Konzert-Cafés
 mit eigener Konditorei
Künstler-Konzert
 täglich ab 4 Uhr
 Kapellmeister
KELLNER

Gassmatten Grüner Baum
 am Durlacher Tor

Erdgeschoß:
Großes Bier- und Speise-Restaurant
 ff. Hoepfner-Biere - Reelle Weine
 Reichhaltige Speisekarte

Badische Lichtspiele

Konzerthaus

Samstag, 24. Januar, abends 8 Uhr
 Sonntag, 25. Januar, nachm. 4 Uhr
 Dienstag, 27. Januar, abends 8 Uhr

Erstaufführung:

Fröhlich Pfalz

Gott erhalt's

unter Mitwirkung des Doppelquartetts „Turnfreunde“

Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße
 Preise: Mark 1.70, 1.50, 1.—, 0.60 - Studierende und Schüler zahlen gegen Ausweis halbe Preise

Die lange gestört gewesenen Verbindungen zur Pfalz fangen endlich an, sich wieder zu beleben; ihrer Pflege soll obige Veranstaltung vornehmlich dienen. Wir fordern unsere Mitglieder mit Angehörigen, wie alle Pfalz-Freunde zum Besuch dieser Vorführung auf. D.968

Verein der Rheinpfälzer
Pfalzerverein Schwarzwaldverein
 Ortsgruppe Karlsruhe Ortsgruppe Karlsruhe

Brennholzverfeinerung

des Forstamts Mengen am Freitag, den 30. Januar d. J., vorm. 9 Uhr im „Bären“ in Mengen aus Domänenwald Mühlrig: 9150 aufbereitete Wellen aus Schlag 8 und 15 und 35 Rose Schlagraum aus Schlag 8, 12 bis 16 u. 17. Ferner: am Donnerstag, den 5. Februar d. J., vorm. 9 Uhr, im Gasthaus zur Eisenbahn in Mengen aus dem Mühlrig Schlag 1 bis 10 und 13 bis 25 980 Ster Brennholz. Forstwart Weisenbach in Waghshurt zeigt das Holz. J.171

Förtenabschnitte-Verfeinerung.

Das Forstamt Philippsburg (Baden) verfeinert am Freitag, den 30. Januar 1925, vorm. 10 Uhr, im „Stopf“ in Strödel aus Domänenwald Untere Lufsbacht Wt. 4, 12, 13, 17, 27, 53 und 57 515 Stück Förtenabschnitte 1 bis III. Klasse mit i. G. 271 Festmeter. Stammessäge durch das Forstamt. Vorzeiger für die Wt. 4 u. 17 Forstwart Knopf in St. Leon, 12, 13 und 27 Förster Wiltner in St. Leon und 53 und 57 Förster Martin in Strödel. J.170

Schokolade als Brotbelag?

Ja, denn Sie haben sicher schon oft nach einer Bereicherung Ihres Frühstückstüchchens verlangt - Belegen Sie einmal Ihr Brötchen probeweise mit

Mignon

Frühstückstüchchen

Sie werden angenehm überrascht sein. Mignon-Frühstückstüchchen sind für Ihren Zweck besonders hergestellt
MIGNON-SCHOKOLADEN-WERKE
 DAVID BÖHNE AKTIENGESELLSCHAFT HALLE (SAALE)

Junge Leute

15-36 J., erlern. Autofahren kostenlos d. Stell. als Autobegleiter in allen Provinz- u. Gebirgs- u. Berg- u. Später Führerschein. Viele Dankf. Inform. an u. Hat durch die Informationsabtl. d. Auto- u. Chauffeur- u. Nachr. Organ d. Reichswirtschaftsbundes d. Kraftfahrzeugbesitzer e. m. b. H. Freipostk. geg. Rückporto versend. Chauffeur-Nachrichten, Berlin NW 6

Detektiv Institut
 - u. Privat-
 -Muskantel
Argus
 Mannheim
 O. 6. 6.
 Planken 3. 47
 Fernspr. 3302
 A. Maier & Co., G. m. b. H.

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

Bad. Kunstverein e. V.

Waldstraße 3
 Mitte Januar bis Mitte Februar
Nachlassausstellung
Walter Gulie

Kollektiv-Ausstellungen
 von Prof. Gehri-Karlsruhe, G. Kultrich-Karlsruhe, Jos. Regenbarth-Dresden.

Geöffnet: Werktags 10-1 und 2-4 Uhr
 Sonntags 11-1 und 2-4 Uhr
 Die Ausstellungsräume sind geheizt

Noch rückständige Beiträge für 1925 bitten wir mit
Mk. 6.- bei dem Recht der Teilnahme an der Verlosung an unserer Kasse einzuzahlen. D.967

Direktor K. Breitenstein
 Hauptstr. 75 DURLACH Telefon 189
Beratender Ingenieur
 Sachverständiger
 für elektrische Anlagen jeder Art und Größe
 Anerkannte Revisionsstelle
 der in Deutschland ansässigen Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften D.925

Guter Schlaf ist das beste Heilmittel.
 Metallbetten für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehör, Stahlmatratzen, an Private Bequeme Bedingungen. Katalog 78 R frei
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

Baustoffgroßhandlung liefert
Syndikats-Portlandzement
 erste Marke zu Syndikatspreisen
 an Baumaterialienhandlungen und Baugeschäfte und vergibt **Alleinverkauf für Karlsruhe** und andere Plätze in der weiteren Umgebung. Interessenten erfahren Näheres unter D. 965 von der Expedition der Karlsruher Zeitung.

Den privaten gewerblichen und kaufmännischen Nachunterricht, hier Einheitskurschrift betr.

In den Tageszeitungen werden von privaten Unterrichtsanstalten, Lehrkräften und Vereinen Kurse in Einheitskurschrift ausgeschrieben, ohne daß die betreffenden Lehrkräfte die nach § 1 der Bundesratsbeschlussmachung vom 2. August 1917, den privaten gewerblichen und kaufmännischen Unterricht betr., und den Ausführungsbestimmungen des Ministeriums des Innern dazu vom 12. Dezember 1917 erforderliche Genehmigung eingeholt hätten.
 Wir machen darauf aufmerksam, daß für alle Einheitskurschriftlichen Privats- oder Privatschulunterricht erteilenden Lehrkräfte die Genehmigung unter Vorlage des Befähigungsnachweises, des Lebenslaufes und des Leumundzeugnisses durch Vermittlung des Bezirksamts jeweils beim Unterrichtsminister einzuholen ist.
 Für die Übergangzeit bis Ostern 1925 ist der Befähigungsnachweis durch eine kurze Prüfung zu erbringen, die jeweils am Samstag nachmittags vor einer staatlichen Kommission gebührenfrei beim Unterrichtsminister abgelegt werden kann.
 Die Meldungen zu den Prüfungen sind unter Anschließung von Lebenslauf und Leumundzeugnis durch Vermittlung des Bezirksamts beim Unterrichtsminister vorzulegen.
 Karlsruhe, den 22. Januar 1925. D.96
 Badisches Bezirksamt, Abt. III.

Bürgerl. Rechtspflege
a. Streilige Gerichtsbarkeit.
 3.145. Offenburg. über das Vermögen der Firma „Oberbadische Metallwerke A. Marens, Appenweier“ ist am 20. Januar 1925 vorm. 12 Uhr zur Anwendung des Konkurswesens, die Geschäftsaufsicht angeordnet und der Kaufmann Gustav Martin in Offenburg als Aufsichtsperson bestellt worden.
 Dies veröffentlicht:
 Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts Offenburg.

Jagd im Hardwald zwischen der Straße Linkenheim - Friedrichstal und der nördlichen Regelfeldgrenze (Wt. Linie III 54,2/3 bis Grabener Allee, Grabener Allee bis Kirchhof, Kirchhof bis Grabener Allee bis Landstraße Gagsfeld-Blankenloch) mit den zugehörigen Ausflugsflächen u. der absonderlichen Gemartung Stutensee in 2 Jagdbezirken, welche durch die Straße Reppoldsborn-Blankenloch getrennt werden. Der Bezirk nördlich dieser Straße umfaßt 970 Hektar Wald und 237 Hektar Feld. Der Bezirk südlich dieser Straße 1087 Hektar Wald und 44 Hektar Feld. Nachdauer: 1. Februar 1925 bis 31. Januar 1926. Die näheren Bedingungen können vormittags u. 10 bis 12 Uhr auf dem Forstamt eingesehen werden. J.168